

Was ist demokratische Legitimität? Eine Auseinandersetzung mit der Demokratietheorie Pierre Rosanvillons

Diehl, Paula; Schulz, Daniel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Diehl, P., & Schulz, D. (2012). Was ist demokratische Legitimität? Eine Auseinandersetzung mit der Demokratietheorie Pierre Rosanvillons. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 3(2), 287-297. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61880-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Was ist demokratische Legitimität?

Eine Auseinandersetzung mit der Demokratietheorie Pierre Rosanvillons

*Paula Diehl, Daniel Schulz**

Französische Beiträge zur Demokratietheorie hatten es lange Zeit schwer in Deutschland. Sie unterlagen schon früher dem Verdikt, eher der postmodernen Ästhetik als der normativen politischen Theorie anzugehören. Auch die Arbeiten von Pierre Rosanvallon wurden in der jüngeren Diskussion als „narrative Demokratietheorie“ (Rochlitz 2003) qualifiziert, die aufgrund defizitärer philosophisch-prinzipieller Begründungsleistung keine normative Theoriebildung leisten könne. Zu fragen wäre aber, ob es sich dabei tatsächlich um ein Defizit handelt, oder ob es der deutschen Diskussion nicht vielmehr umgekehrt an historisch argumentierenden Studien zur Demokratie mangelt. Ihre normative Dimension bezöge eine solche Position gerade nicht aus einer apriorischen Prinzipien Diskussion, sondern aus der genealogischen Reflexion der demokratischen (und antidemokratischen) Erfahrungen.

Rosanvillons Werk zeigt, wie die Krise der Demokratie nicht zuletzt mit der begrifflichen Tradition zusammenhängt, die sich seit der Französischen Revolution entwickelt hat. Eines der zentralen demokratietheoretischen Probleme liegt demnach in der Differenz zwischen idealem und empirischem Volk, zwischen Allgemeinwillen und Mehrheitsbestimmung, die in der Praxis ebenso wie in der Theorie immer wieder eskamotiert wird. Rosanvallon demonstriert so, wie Demokratietheorie im Modus der Begriffs- und Diskursgeschichte durchaus auch normative Aussagen treffen kann. Er verteidigt damit die Position eines liberalisierten Republikanismus, der als Antwort auf die Postdemokratie an einer Bewältigung der politischen Repräsentationskrise arbeitet.

Dabei bietet er eine historisch gesättigte Analyse der kontinentaleuropäischen Demokratieentwicklung, die gerade deshalb für die deutsche Debatte so wichtig ist, weil sie eine notwendige Ergänzung der politikphilosophischen Begründung demokratischer Ordnung über die Rechtfertigung von Prinzipien bietet. Rosanvallon erinnert uns daran, dass eine demokratische Ordnung immer auch eine Geschichte politischer Erfahrungen verkörpert. Die demokratietheoretische Aufgabe liegt also nicht allein auf der prinzipiellen Begründungsebene, sondern darin, die demokratischen Erfahrungen mit den in den politisch-kulturellen Selbstbeschreibungen enthaltenen Legitimationsprinzipien zusammenzudenken. Seine Arbeiten liefern einen Anschauungsunterricht demokratischer Selbstaufklärung im Medium der Geschichte des politischen Denkens, die schon aufgrund der en-

* Dr. Paula Diehl, Humboldt-Universität zu Berlin; Kontakt: paulaDiehl@gmx.com
 Dr. Daniel Schulz, Technische Universität Dresden; Kontakt: Daniel.Schulz@tu-dresden.de

gen Verknüpfungen der europäischen Demokratiegeschichte mit ihren vielfältigen Wechselwirkungen und weit verzweigten Rezeptionsachsen eben nicht allein auf eine französische Selbstverständigung reduziert werden kann. Obwohl sie eine französische Signatur tragen, die auf bestimmte konkrete Erfahrungen hinweist, geben sie doch willkommene Denkanstöße für eine europäische Demokratiedebatte.

1. Demokratietheorie als Reflexion historischer Erfahrung

Rosanvillons Arbeiten müssen zunächst im Kontext der Wiederentdeckung liberaler Traditionen in Frankreich verstanden werden. Die Krise des hegemonialen Republikanismus, die sich bereits in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts abzeichnete, wurde in den siebziger und achtziger Jahren unübersehbar – Individualisierung, Globalisierung, Ökonomisierung und Verrechtlichung müssen hier als Stichpunkte für den Zerfall des souveränen Nationalstaats genügen. Rosanvallon, der zunächst als Funktionär der linksliberalen Gewerkschaft CDFT tätig war und mit seinem ersten Buch *L'âge de l'autogestion* (1976) zum wichtigen Stichwortgeber für die Idee der Selbstverwaltung wurde, schloss sich dann dem Kreis um den Historiker François Furet im Centre d'Études Sociologiques et Politiques Raymond Aron an. 2001 übernahm Rosanvallon in der Nachfolge Foucaults und Bourdieus einen Lehrstuhl für moderne und zeitgenössische Geschichte des Politischen am Collège de France. Zudem hat er mit der Internetzeitschrift *La vie des idées*¹ ein wichtiges Forum der intellektuellen politischen Debatte geschaffen.

Die erste wichtige Monographie, in der er sich mit der liberalen Tradition auseinandersetzt, schreibt Rosanvallon zu François Guizot – einem der maßgeblichen liberalen Denker der Restauration und der Julimonarchie unter dem Bürgerkönig Louis-Philippe. Das Buch – eine Publikation aus seiner Doktorarbeit bei Furet – ist aber viel mehr als nur eine Studie zu einem der wichtigsten Köpfe des politischen Liberalismus im frühen 19. Jahrhundert: Rosanvallon zeichnet im historischen Kontext der postrevolutionären Restauration das Spannungsverhältnis von Liberalismus und Demokratie nach und erinnert daran, wie unwahrscheinlich die spätere Synthese dieser politischen Ordnungsparadigmen ursprünglich war.² Die liberale Idee einer ‚Souveränität der Vernunft‘, die gewissermaßen als Ordnung der reinen Repräsentation und als rationalisierte Steuerung des Gemeinnsinns die gefährlichen Exzesse der Volkssouveränität bändigen sollte, ist nur eine der Antworten, die der Liberalismus der Doktrinäre auf die demokratischen Herausforderungen gab.

Sein lange Zeit als einziges auch auf Deutsch vorliegendes Buch zur Geschichte des Staates in Frankreich (*L'État en France de 1789 à nos jours*)³ schließt hier an und skizziert – anknüpfend an die Beobachtungen von Tocqueville und Marx zur Kontinuität der Staatseinheit zwischen dem Ancien Régime und der Revolution – die Rolle der staatlichen Administration als politisches Instrument zur Produktion der französischen Gesellschaft, die den Prinzipien von 1789 erst nach und nach eine korrespondierende soziale Realität unterlegte. Wie auch schon bei Guizot, zeigt sich hier deutlich die paternalistische Komponente, die der liberalen Umprogrammierung der Staatsgewalt auf die Prinzi-

1 <http://www.laviedesidees.fr/>, 26.06.2012.

2 Vgl. Rosanvallon (1985).

3 Rosanvallon (2000a): *Der Staat in Frankreich von 1789 bis heute*.

prien von 1789 im neunzehnten Jahrhundert eigen war und die als rationalisierte Antwort von oben auf die jakobinische Politik des permanent agierenden Gemeinwillens formuliert wurde.

Dieser Aspekt der politischen Eigendynamik von veränderten Selbstbeschreibungen und ihren Wechselwirkungen mit den institutionellen Strukturen sollte schließlich im Mittelpunkt der drei Bände stehen, die Rosanvallon von 1992 bis 2000 zur Geschichte der Demokratie veröffentlichte. Die Trilogie ist zugleich als Diskurs- und Praxisgeschichte angelegt und zieht aus einer großen Menge historischen Materials wichtige begrifflich-systematische Schlussfolgerungen. Der erste Teil *Le sacre du citoyen* (1992) rekonstruiert die Geschichte des universalen Wahlrechts. Mit der Proklamation durch die Revolution begann das Recht zwar als Prinzip zu existieren, war aber weit mehr als nur die rechtliche Fassung des revolutionären Erfolgs. Im Gegenteil: Als symbolischer Hebel erzeugte das Wahlrecht eine gesellschaftliche Dynamik, mit der das individualistische Prinzip des *one man, one vote* erst auf lange Sicht jene sozialen Voraussetzungen hervorbrachte, als deren Ausdruck es doch eigentlich gedacht war. Der wahlberechtigte Bürger existierte daher als imaginäre Figur des neuen, demokratischen Legitimitätsdispositivs lange vor seiner Verwirklichung. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt anhand der Geschichte der demokratischen Repräsentation auch der zweite Teil: *Le peuple introuvable* (1998) zeigt, wie das komplexe Vermittlungsverhältnis zwischen dem politischen Subjekt ‚Volk‘ als symbolischem Prinzip und seiner sozialen Präsenz eine spannungsvolle politische Odyssee auf der Suche nach einer angemessenen institutionellen Ordnung freisetzt. Was also demokratische Repräsentation bedeutet, war stets Gegenstand politischer Kämpfe, die bis heute nicht abgeschlossen sind. *La démocratie inachevée* (2000b) zeigt dann, wie die Volkssouveränität mehr Fragen aufwirft, als es mit ihrer Formalisierung in einer demokratischen Verfassung beantwortet werden kann. Auch hier ist die Revolution nicht das Ende und Ergebnis, sondern erst der Beginn einer langen Geschichte von Experimenten und Erfahrungen mit der Demokratie, die nur vorübergehend mit der Dritten Republik in eine prekäre Balance überführt werden konnte, um dann in den Krisen des zwanzigsten Jahrhunderts wieder zu zerfallen. Dieses breite demokratiegeschichtliche Panorama findet seinen vorläufigen Endpunkt in der Synthese des demokratischen Wohlfahrtsstaats in der Nachkriegszeit, bevor sich in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts auch diese institutionelle Ordnungskonstruktion in den Krisenerfahrungen von Liberalisierung, Globalisierung und Deregulierung langsam aufzulösen beginnt.

Die daraus resultierenden neuen Herausforderungen für die Demokratie – in theoretischer, begrifflicher und systematischer Hinsicht – sind Gegenstand einer zweiten Trilogie, deren zweiter Band nun als bislang einziger auch auf Deutsch vorliegt.⁴

Der erste Band *La contre-démocratie* entwickelt eine gegen das traditionelle Bild der voluntaristischen Demokratietheorie gerichtete Analyse, die man auch als negative Demokratietheorie beschreiben könnte: Nicht mehr allein die positive Zustimmung und das Vertrauen in die Institutionen und die RepräsentantInnen, sondern auch der Dissens und das Misstrauen spielen für Rosanvallon eine grundlegende Rolle für die demokratische Legitimität. Nicht nur die Macht überwacht das Volk (Foucault), sondern auch das Volk

4 Weitere einschlägige Arbeiten von Rosanvallon sind seine methodische Antrittsvorlesung am Collège de France über die Geschichte des Politischen (Rosanvallon 2003), die jetzt auch auf Deutsch vorliegt (Rosanvallon 2011/2012) sowie sein der politischen Kultur Frankreichs gewidmetes Buch *Le modèle politique en France* (Rosanvallon 2004).

überwacht durch eine permanente Präsenz der öffentlichen Meinung die Macht (Rosanvallon 2006: 38). Der öffentliche Skandal, die amerikanischen *muckraker*, die stets prekäre Reputation öffentlicher AkteurInnen, die dem Ehrbegriff vormoderner Gesellschaften ähnelt (vgl. ebd.: 54), die Bewertung und Evaluation öffentlichen Handelns durch die BürgerInnen, all dies sind für Rosanvallon Elemente der demokratischen Ordnung, die in der Einheitsfiktion des traditionellen Republikanismus zu wenig Beachtung gefunden haben. Hingewiesen wird auf eine Vielzahl von neuen, heterogenen AkteurInnen, die von wachsenden BürgerInnen über die sozialen Bewegungen bis hin zu *advocacy groups*, *think tanks*, *Transparency International* sowie den viel diskutierten Rating-Agenturen reicht, die eine nahezu existenzbedrohende Deutungsmacht über die Kreditwürdigkeit und damit die Handlungsfähigkeit von Staaten erlangt haben. Hinzu kommen die neuen Massenmedien wie das Internet, die das staatliche Informationsmonopol, sollte es jemals existiert haben, weitgehend aufgebrochen haben (vgl. ebd.: 71). Die Demokratietheorie sollte daher nach Rosanvallon auch die Legitimität indirekter Gewalten anerkennen, die sowohl vom jakobinischen Souveränitätsverständnis nicht gerechtfertigt werden können – die aber womöglich im Kontext einer gewaltenteiligen Mischverfassung durchaus demokratietheoretischen Sinn entfalten. Nicht mehr allein die politische Integration durch Vertrauen, sondern auch die produktive Kraft des Misstrauens muss in eine demokratische Legitimitätstheorie einfließen.

Rosanvallon spricht auch von einem Wandel des Widerstandsrechts zu einem Begriff komplexer Souveränität, der den modernen Demokratien erlaubt, die Möglichkeit der demokratischen Selbstkritik in die politische Ordnung selbst einzugliedern – die zahlreichen Vetomächte innerhalb der demokratischen Ordnung dienen somit nicht einer Zerstörung politischer Rationalität, sondern steigern diese durch die Erweiterung der Perspektiven, die in die Entscheidungsfindung und -durchsetzung einfließen. Damit wandelt sich auch der Maßstab, der an die BürgerInnen angelegt wird: Neben der voluntaristischen Integration zum einheitlichen Gemeinwillen gewinnt vor allem die Entwicklung von politischer Urteilskraft für die demokratische Legitimitätsbildung an Bedeutung.

2. „Die demokratische Legitimität“

In seinem neuen, seit 2010 auch auf Deutsch vorliegendem Buch *Die demokratische Legitimität* entdeckt Rosanvallon Unparteilichkeit, Reflexivität und Nähe als die wichtigsten Ressourcen der demokratischen Legitimitätsbildung und erhebt die Institutionen, die sie zu garantieren vermögen, zu Instanzen politischer Urteilskraft.⁵

Zuerst liest sich das Buch als Fortsetzung einer Geschichte der demokratischen Enttäuschungen. Rosanvallon nimmt die Hauptthese seiner früheren Werke wieder auf, wonach die Demokratie auf der Fiktion einer Übereinstimmung von ideellem und empirischem Volk (Rosanvallon 1998: 18) gründet. Die Herausforderung der Demokratie liegt genau darin, nicht etwa die Differenz zu verdecken, sondern im Gegenteil diese Kluft als genuines Merkmal demokratischer Repräsentation zu organisieren und unter Kontrolle zu bringen. Wie dies geschehen soll, steht im Zentrum des vorliegenden Bandes.

Rosanvallon legt dabei einen dynamischen Repräsentationsbegriff zugrunde, der gerade nicht an einem symbolischen Fluchtpunkt der Identifikation der Regierten mit den

5 Seitenzahlen ohne weitere Angaben beziehen sich im folgenden auf Rosanvallon 2010.

Regierenden ausgerichtet ist, sondern die Trennung zwischen den BürgerInnen und ihren StellvertreterInnen miteinbezieht. Die Dynamik von Identifikation und Trennung vermag zu erklären, warum die Demokratie immer wieder euphorische Mobilisierungsmomente und populistische Bewegungen produziert, die aber besonders nach der Wahl in der Enttäuschung der WählerInnen enden. Das Gleiche gilt für das Legitimitätsmuster der demokratischen Ordnung: Zum einen werden im Moment des Gründungsaktes alle Brüche und Konflikte im demokratischen Subjekt zugunsten einer allgemeinen Einheit überwunden. Zum anderen aber beruhen sowohl die Gründung als auch die demokratische Entscheidungsfindung danach auf dem Prinzip der Mehrheitsregel, die der Einheit des demokratischen Subjekts durch die Produktion von Minderheiten wiederum eine Differenz einschreibt. Die repräsentative Demokratie bewegt sich daher auf dem Boden zweier „Gründungsfiktionen“, die sich zunehmend als „untragbare Wahrheit“ darstellen (8), denn die symbolische Einheit des Gründungsaktes überlagert immer die demokratische Entscheidungsfindung im konstituierten Zustand und droht damit, diese stets zu delegitimieren. Dies erklärt auch, warum die demokratische Repräsentation von einer Krise in die andere gleitet. Allerdings ist die Identifikation der WählerInnen mit der/dem Kandidatin/Kandidaten im Moment der Wahl komplexer als die bloße Wiedererkennung einer Interessenvertretung. Rosanvallon berücksichtigt hier nicht, dass KandidatInnen über eine symbolische Kraft verfügen und deswegen in der Lage sind, Vorstellungen des Gemeinwohls zum Ausdruck zu bringen und auch nach der Wahl das „Gefühl der Zugehörigkeit“ zu stiften.⁶ Voraussetzung dafür sind sowohl die Aufrechterhaltung demokratischer Symbolik als auch die Zusicherung von Prozeduren, die Rechenschaft und Responsivität ermöglichen.

Insgesamt fällt Rosanvallons Diagnose in diesem Buch aber optimistischer aus als in seinen vorherigen Werken. Hier konzentriert er sich nicht nur auf das Krisenhafte der demokratischen Legitimität, sondern richtet seine Aufmerksamkeit vor allem auf die produktive Seite der Legitimitätsveränderungen. Er entdeckt neue institutionelle Arrangements wie unabhängige Behörden, Expertenkommissionen oder Gremien der Bürgerbeteiligung, die in der Lage sind, die regierenden Instanzen von außen zu kontrollieren, den Mechanismus der Reflexivität zu stärken, und eine stärkere Nähe zwischen Regierenden und Regierten herzustellen. Sie sind allesamt Mittel, die eine Selbstkorrektur der Demokratie ermöglichen.

Mit den Transformationen der Demokratie in den 1980er Jahren beobachtet Rosanvallon die Entstehung von drei neuen Formen der Legitimität: 1. die „Legitimität der Unparteilichkeit“ (93 ff.), die die negative Allgemeinheit im Blick hat, 2. die „Legitimität der Reflexivität“ (151 ff.), die die differenzierende Allgemeinheit in den Vordergrund stellt, und 3. die „Legitimität der Nähe“ (209ff.), die dem Partikularen und Besonderen Achtung schenkt und die BürgerInnen ihren RepräsentantInnen näherbringt.

Wie in seinen vorherigen Veröffentlichungen ist das Konzept der Krise zentral. In der Tat kann man Rosanvallons Standpunkt als Postulierung des krisenhaften Charakters der Demokratie verstehen.⁷ Die inhärente und chronische Krise der demokratischen Repräsentation erfährt Momente akuten Ausbruchs, bleibt aber tendenziell latent. So ein Mo-

6 Erst am Ende des Buches erwähnt Rosanvallon die produktive Kraft der Identifikation in der Herstellung von Bürgerschaft und der Gestaltung demokratischer Praxis (272). Gerhard Göhler (1997: 25) dagegen betont die doppelte Beziehung zwischen Repräsentierten und Repräsentanten, die sowohl eine Willens- als auch eine Symbolbeziehung ist.

7 Eine der jüngsten Studien darüber liefert Didier Mineur (2010).

ment erkennt Rosanvallon in den 1980er Jahren, als beide Säulen der demokratischen Legitimität, das Mehrheitsprinzip zum einen und die Identifikation mit der Allgemeinheit sowie mit ihren Normen und Werten zum anderen, ins Schwanken gerieten. Zu verzeichnen sei außerdem das Schwinden sowohl des Vertrauens der BürgerInnen in die Regierenden als auch der „Interventionskraft des Staates“ (10 f., 78). Dieser Prozess führt zu einer „Dezentrierung der Demokratie“, die das Verhältnis der Gesellschaft zur Politik sowie die Regierbarkeit an sich grundsätzlich verändert.

Damit verbunden ist der Eintritt in die „Ära der Partikularität“ (79), die ein neues politisches Bewusstsein mit sich bringt und die herkömmliche Repräsentationsstruktur in Frage stellt. Nicht, dass die demokratische Repräsentation niemals ins Schwanken geraten wäre. Im Gegenteil, Rosanvallon wird nicht müde, auf die intrinsische Labilität des demokratischen Systems hinzuweisen. Doch die Umwälzungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik scheinen in den 1980er Jahren eine neue Qualität erreicht zu haben, die die politische Organisation und das politische Imaginäre grundsätzlich transformiert. War die kapitalistische Gesellschaft seit der Französischen Revolution von einem „Regime der Allgemeinheit“ geprägt, in dem ökonomische und Arbeitsstrukturen, politische Institutionen und Identitäten um Gruppen und um das Kollektiv organisiert waren, zeichnet sich seit wenigen Jahrzehnten die Entwicklung eines neuen Strukturierungsprinzips ab, das von Partikularität geprägt ist. Im Zentrum stehen nicht mehr die Ähnlichkeiten und das Allgemeine, sondern die Differenz, die Partikularitäten der Einzelnen und der Minderheiten.

Faktoren wie das Verblassen eines „revolutionären Horizonts“, die „Individualisierung“ und der „postfordistische Kapitalismus“, die mit dem Übergang zur „Ära der Partikularität“ einhergehen, verstärken das Gefühl der Desillusionierung der Demokratie (79). Wann genau dieser Wandel beginnt, wird nicht datiert. Rosanvallon verweist aber auf die Postmoderne in den 1970er Jahren und legt für die Politik die neoliberale Ära von Ronald Reagan und Margaret Thatcher als ausschlaggebend fest. Mit dem Übergang von der Massenproduktion in eine Segmentproduktion tritt der ‚flexible Mensch‘⁸ an die Stelle der ‚Massenarbeiter‘. Der Einzelne identifiziert sich nicht mehr mit einer ‚arbeitenden Klasse‘, sondern wird von neuen Formen der Identitätsbildung geleitet, die wesentlich individualisierter sind. Im Zentrum steht nicht mehr das Prinzip der Allgemeinheit, sondern das der Besonderheit. Mit der Ökonomie entsteht auch die „Gesellschaft der Partikularität“ (83).

Für die Politik ist es vor allem von Relevanz, dass sich damit auch das Verhältnis der Individuen zu den Institutionen gravierend verändert. Das Zerbrechen der Allgemeinheit in Partikularitäten führt schließlich zur Dezentrierung der Demokratie und wird in der Organisations- und Bedeutungsveränderung der Wahl sichtbar. „In einer Welt mit fließenden Gegensätzen hat die Wahl ihre politikbestimmende Bedeutung weitgehend verloren; sie vermag keine feste Zukunftsorientierung mehr zu bieten“ (90). Demokratische Legitimität kann daher nicht mehr ausschließlich auf der Wahlpraxis begründet werden.

8 Rosanvallon selbst verwendet den Begriff nicht. Doch seine Überlegungen im Bezug auf die Identitätsbildung und auf die Arbeitsorganisation nähern sich denjenigen des US-amerikanischen Soziologen Richard Sennett aus dem Jahr 1998. Erstaunlicherweise geht Rosanvallon nicht auf Sennetts Buch *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus* ein, sondern verwendet nur ein weiteres Werk des US-amerikanischen Soziologen: *Respekt im Zeitalter der Ungleichheit* (Sennett 2002)

Doch die Ära der Partikularitäten bewirkt auch demokratische Revitalisierungseffekte: Die Chance des „großen Umbruchs“ liegt gerade in neuen Formen der Legitimität, die Rosanvallon nach der Auseinandersetzung mit der historischen Entwicklung westlicher Demokratien, ihrem krisenhaften Charakter und der aktuellen „Dezentrierung der Demokratie“ unter den Stichworten Unparteilichkeit, Reflexivität und Nähe entfaltet. Rosanvallon skizziert sie aus der Perspektive der Sozialgeschichte und formuliert explizite Vorschläge zur Erweiterung der „gesellschaftlichen Repräsentation“ jenseits der politischen Repräsentationsorgane im engeren Sinne: Von der „Entwicklung öffentlicher und ehrenamtlicher Evaluierungsorgane“ über „gemischte Foren“ aus BürgerInnen und WissenschaftlerInnen bis hin zur Empfehlung der Bildung von „Zukunftsakademien“ aus ExpertInnen als Beratungs- und Interventionsgremien gehen diese neuen Instanzen gesellschaftlicher Selbstdarstellung (184 f.). Solche Empfehlungen sind Antwortversuche auf den Legitimitätsverlust traditioneller politischer Institutionen angesichts der gesellschaftlichen Wandlung, bei der das Verlangen nach einer Art „Demokratisierung der Demokratie“ immer deutlicher wird. Rosanvallons Hinweise mögen an eine Sehnsucht nach der Führungsrolle einer Wissenschaftler- und Philosophen-Elite erinnern, sie sind jedoch explizit demokratisch gedacht. Interessant werden Rosanvallons Vorschläge da, wo die BürgerInnen stärker zu Wort kommen und eine Kontrollfunktion der Exekutive übernehmen, etwa in den ehrenamtlichen Aufsichtsbehörden oder Mischforen, die zur „Verbesserung des diskursiven Charakters von Demokratie“ beitragen und die „Kluft zwischen inhaltlicher und prozeduraler Demokratie“ verringern (181 f.).

Als große Chance sieht Rosanvallon auch die Entstehung unabhängiger Behörden. In ihrer historischen Entwicklung und vor allem nach dem großen Umbruch der 1980er Jahre übernehmen sie immer mehr die Funktion der ursprünglichen Verwaltungsbehörden (94). Im Unterschied zu Letzteren sind sie aber kein Unterglied des Staatsapparates, sondern eher hybride Institutionen, die zwar Exekutivaufgaben und normativ-rechtliche Funktionen wahrnehmen, jedoch eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber dem Staat genießen. Sie sind für die Aufsicht sowie für die Regulierung zuständig und durch ihre Unparteilichkeit und Neutralität gekennzeichnet. Damit brechen die unabhängigen Behörden mit der traditionellen Teilung der Gewalten (102). Unabhängige Behörden sind für Rosanvallon nur ein Beispiel von Institutionen, die ihre Legitimität aus der Unparteilichkeit ziehen. Unparteilichkeit ist prototypisch für Verfassungsorgane, erscheint aber auch in Finanzbehörden (143 ff.).

Unparteilichkeit wird keineswegs als etwas Passives definiert, sondern als aktives politisches Prinzip verstanden, nach dem die AkteurInnen entscheiden und handeln müssen (131 f). Unparteilichkeit bedeutet, „feststehende Einstellungen abzulehnen, sich um die Überwindung von Nachteilen zu bemühen, sich kontinuierlich für die beständige Gleichheit der Möglichkeiten einzusetzen; kurz: Sie bekommt eine unmittelbar politische und demokratische Bedeutung“ (133). In dem Moment, in dem die Unparteilichkeit nicht nur die Expertengremien und das Verfassungsgericht prägt, sondern auch das „Denken des Sozialen“ erreicht, gewinnt sie eine neue Qualität. Gerade deswegen bringt das Verlangen nach Unparteilichkeit „einen grundlegenden Wandel im Verständnis von Emanzipation zum Ausdruck“ (134). Für die Demokratie kann Unparteilichkeit insofern revitalisierend wirken, als sie die Diskussion um die divergierenden Positionen sichtbar macht und zugleich auf die Gleichbehandlung der Individuen achtet, Diskriminierungen bekämpft und für „Gleichheit der Möglichkeiten und Fähigkeiten“ sorgt (150). Daher fordert Rosanvallon, „Unparteilichkeit und negative Allgemeinheit“ als „Grundkategorien der demokratischen Ordnung“ anzuerkennen (125).

Die zweite Form der Legitimität, die Rosanvallon als Chance der Dezentrierung für die Demokratie sieht, ist die der Reflexivität. Reflexivität entsteht aus der „Unmöglichkeit einer radikalen Selbstbegründung der Demokratie“, die „rein formal“ dadurch zum Ausdruck kommt, „dass eine Ordnung nicht nach einer von ihr selbst definierten Verfahrensregel revidiert werden kann“ (167). Im Gegensatz zu vormodernen politischen Ordnungen ist sich die Demokratie dessen bewusst.⁹ „Es müsste also eine Demokratie der Demokratie geben, die in unterbrochener Folge immer weiter zurückgeht“ (167). Eine reflektierende Instanz schafft die notwendige Distanz und Differenz, womit sich das demokratische Projekt konstituieren kann. Unabhängige Aufsichts- und Regulierungsbehörden können daher diese Funktion erfüllen. Allerdings sind für Rosanvallon die Verfassungsgerichte die „Hauptträger der Reflexivität“ (169). Da sie nicht vom Volk gewählt werden, unterliegen sie auch nicht der Volatilität momentaner Mehrheiten und verfügen über die notwendige Unabhängigkeit. Im Gegensatz zur Exekutive garantieren sie die „Langzeitigkeit der Demokratie“ (175). Sie sind reflexiv in der Hinsicht, dass sie die Regeln und Normen immer wieder überprüfen und so die Selbstregulierung der Gesellschaft unterstützen.

Welche Effekte hat die Legitimität der Reflexivität für das Funktionieren der Demokratie? Entsprechend dem skizzierten Modell ist Demokratie auf zwei Notwendigkeiten eingestellt: auf Konflikt und auf Konsens. Konfliktuelle Auseinandersetzungen finden vorwiegend in Perioden der Wahl statt, wenn „differierende Personen und Programme“ miteinander konkurrieren. Konsens wiederum wird durch „Institutionen des Gemeinwohls“ gestiftet, die „über diesen Differenzen stehen“ und für Stabilität und Kontinuität sorgen (202). Damit korrespondieren auch zwei temporelle Auffassungen des Volkes als „Wähler“, das die Momentaufnahme der Gesellschaft widerspiegelt, und als normative Instanz (ideelles Volk), das als Konstruktion die Zukunftsperspektive darstellt.

Die Legitimität einer reflexiven Instanz verändert diese Aufteilung, indem sie eine neue Komponente hinzufügt, die den Konsens und die Dauerhaftigkeit durch eine externe Position nicht nur stiftet, sondern auch immer wieder erneuert. Dies ist der Fall beim US-amerikanischen Obersten Gerichtshof, der gegenüber dem Kongress Normfragen wie das Recht auf Abtreibung unparteilich und unabhängig regeln kann. „Je größer die Gegensätze in der Parteienpolitik, desto stärker ist die Legitimität einer reflexiven Institution, auf umstrittenen Gebieten zu intervenieren.“ (206) Da die Legitimität der reflexiven Institutionen keineswegs verfestigt ist, müssen diese auch permanent erneuert werden. Schaffen die reflexiven Institutionen dies nicht, verlieren sie ihre Reputation, wie Rosanvallon für den Legitimitätsverlust desselben Obersten Gerichts feststellt.

Neben unabhängigen Behörden und Verfassungsgerichten steht eine weitere Instanz für die Revitalisierung der Demokratie, die ebenso reflexiven Charakters sei: die sozialen Bewegungen. Sie bringen das „Ideal-Volk“ und das „Sozial-Volk“ ins Spiel (182) und verallgemeinern auf diese Weise das Prinzip der Reflexivität. Doch es ist schließlich die Demokratietheorie selbst, die als reflexive Instanz Rosanvallon am Herzen liegt. Ihr spricht Rosanvallon sogar die Fähigkeit zu, „es zu verhindern, dass sich im Gewand der bloßen wahlpolitischen Legitimität der Regierenden die Arroganz der Macht verbirgt“ (182).

Schließlich behandelt Rosanvallon die dritte Form der Legitimität. Die Legitimität der Nähe ist die Reaktion auf eine Tendenz der Unzufriedenheit der BürgerInnen mit ih-

9 Hier knüpft Rosanvallon indirekt an die Arbeiten von Claude Lefort und Marcel Gauchet an. Siehe in deutscher Sprache vor allem die Aufsätze von Gauchet und Lefort in Ulrich Rödel (1990).

ren politischen Institutionen und des Verlangens nach Demokratisierung. „Der Übergang in die neue Welt der Partikularität hat eine Vielzahl von Erwartungen und Ansprüchen in Bezug auf Gerechtigkeit, Bürgernähe und Anerkennung nach sich gezogen, die dazu führen, dass die Bürger die Demokratie auch als Form des Regierens [und nicht nur als Staatsform] begreifen“ (227). Die Legitimität der Nähe drückt sich auf drei Ebenen aus: 1. die „Haltung des Staates gegenüber der Gesellschaft“, 2. das „Verhältnis von Regierenden und Regierten“, 3. die „Achtung der Besonderheiten der jeweiligen Situation“ (211). Bei allen Ebenen geht es darum, dass sich die BürgerInnen in ihren Institutionen und RepräsentantInnen wiedererkennen und ihre Bedürfnisse und Interessen anerkannt fühlen. „Es gilt auch eine Form sozialer Beziehungen zu honorieren, die die Menschen in ihrer Besonderheit würdigt, sie zu wertvollen Mitbürgern macht, die in der Gruppe etwas zählen, Beachtung verdienen.“ (221) Die Anerkennung der BürgerInnen und ihrer Partikularitäten steht hier im Vordergrund. Dabei verändern sich sowohl das Verständnis der Repräsentantenrolle als auch die Vorstellung davon, was das Volk ist. „Es [das Volk] bezeichnet nicht mehr eine bestimmte Gruppe, sondern eher die fluktuierende und unsichtbare Gemeinschaft derer, deren Schicksale oder, allgemeiner, Lebensgeschichte keine Beachtung finden“ (233). Damit treten die Besonderheiten der Einzelnen und die Partikularitäten der Gesellschaft in den Vordergrund. Gefragt wird eine „Empathie-Repräsentation“, die „Mitgefühl und Bekundung der Nähe“ als „gute Vertretung“ versteht (233). Repräsentieren wird zur Würdigung von Besonderheiten (236).

Die Wende zur Politik der Nähe setzt im 21. Jahrhundert ein (243). PolitikerInnen reagieren auf das Verlangen nach Nähe und Anerkennung mit Versuchen, Präsenz zu erzeugen. Abgehobenheit und Distanz der Regierenden sollen dabei zumindest bei der Kommunikation und Selbstinszenierung abgebaut werden (210). Rosanvallon schaut sich diese Tendenz vor allem in Frankreich an und beobachtet die Darstellung von Nähe und die Emotionalisierung der politischen Kommunikation, die zu einer „Entinstitutionalisierung der öffentlichen Aufgaben“ beitragen (243). Dies kann eine Chance für die Demokratie sein, indem die Distanz zwischen Regierenden und Regierten verringert wird, wie Rosanvallon optimistisch schätzt (235). Das Problem aber ist, dass die Präsenz der PolitikerInnen in einer Massengesellschaft nur virtuell geschaffen werden kann. Es sind daher die Massenmedien, die die Nähe herstellen. Doch die Medialisierung von Präsenz schafft weder die Distanz zwischen Repräsentierten und RepräsentantInnen ab, noch stellt sie eine wirkliche Nähe her. Politik- und medienwissenschaftliche Studien zeigen, dass seit der medialen Wende am Ende der 1980er Jahre eine grundsätzliche Veränderung des medialen Systems stattfindet, bei der die politische Kommunikation neue Züge bekommt,¹⁰ und dass der dadurch begünstigte Celebrity-Kult der PolitikerInnen keineswegs unproblematisch ist. Es handelt sich um eine Schein-Nähe, die apolitische Züge trägt. Diese „pipolisierung“¹¹, von der auch Rosanvallon spricht, kann daher dazu beitragen, dass die politische Repräsentation weiter erodiert. Dabei besteht das latente Risiko, dass sich Politik in „bloße Repräsentation“ auflöst, indem die programmatische und die prozedurale Dimension „vernebelt“ werden (246). „Nie war der Grat zwischen den Möglichkeiten einer positiven Entwicklung des Demokratieideals und ihrer Entgleisung so schmal.“ (249). Da-

10 Vgl. Bennett/Entman (2001); Dörner (2001).

11 Der Begriff ‚pipolisation‘ – auch ‚peopolisation‘ – wurde in der französischen Presse verwendet, um die Tendenz zu skizzieren, nach der Politikerinszenierungen die ‚Celebrities‘ aus den Massenmedien nachahmen (vgl. Dakhila 2008).

mit Präsenz und Nähe eine „wirkliche demokratische Bedeutung“ bekommen, müssen sie „mit einer Strategie zum Aufbau einer gerechten Gesellschaft“ verbunden sein (247).

Die neue Legitimität der Nähe ist deshalb auch Ergebnis einer bestimmten Haltung, die die Beziehung zwischen Regierenden und Regierten bestimmt. „Sie setzt die Begegnung auf Augenhöhe“ (250). Es gibt verschiedene Formen der Interaktion, die diese Augenhöhe ermöglichen. Vor allem die Experimente der Bürgerbeteiligung, die seit den 1990er Jahren verstärkt ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerieten, interessieren Rosanvallon. Allerdings lehnt er für Stadtteilkomitees, Bürgertribunale und -foren oder für Bürgerhaushalte den Begriff der partizipativen Demokratie ab. Grund dafür ist, dass Rosanvallon die treibende Kraft der BürgerInnen in den aktuellen Initiativen vermisst. Sie seien „fast immer von den Regierenden selbst eingeführt“. Weniger als die Erweiterung des Handlungsraums der BürgerInnen, ermöglichen sie das „Aufpolieren“ einer „angeschlagenen Legitimität“ und schaffen lediglich „bessere Kanälen der Informationsbeschaffung“ für die Regierenden. Außerdem sei das Wirkungsfeld der Bürgerbeteiligung sehr begrenzt und reduziere sich auf die Ersetzung einer „bestimmte[n] Art der Entscheidungsmechanismen durch andere“ (253 f.). Auch wenn dieses Urteil etwas pauschalisierend klingt, sind die damit formulierten Anforderungen an die partizipative Demokratie sehr anspruchsvoll. Daher bevorzugt Rosanvallon den Ausdruck „Politik der Nähe“, bei der es darum geht, „das repräsentative System zu flankieren, es interaktiver zu machen und auf mehr Transparenz und spontane Rechenschaftslegung zu verpflichten“ (254), ohne jedoch Hoffnungen wie die der US-amerikanischen Bewegung der 1960er Jahren zu wecken. Er schlägt eine „Demokratie der Interaktion“ vor, bei der die Repräsentation durch die Gewählten durch Formen eines „permanenten Austausch[s] sowohl zwischen Staat und Gesellschaft wie auch innerhalb der Gesellschaft selbst organisiert“ wird (265). Damit wäre eine „reflexiv-repräsentative Tätigkeit“ möglich, die sich als permanenter Prozess konstituieren würde.

3. Ausblick

Seine drei Formen der Legitimität arbeitet Rosanvallon aus einer Beobachtung der Entwicklung demokratischer Ordnung in den letzten Jahrzehnten heraus – doch seine Position entwickelt sich aus dieser historisch-empirischen Beschreibungsdimension zum normativen Modell mit programmatischem Charakter. Das Buch begnügt sich nicht mit der Untersuchung von Transformationsprozessen demokratischer Legitimität, vielmehr werden die Chancen der Legitimitätsveränderungen als Ausgangspunkt für die Entwicklung eines Demokratiekonzepts genommen. Ziel ist es, durch die Skizzierung neuer institutioneller Arrangements, politischer Praxen und Beobachtungsinstanzen diejenigen Mittel aufzuzeigen, die das intrinsische Demokratiedefizit des repräsentativen Modells ausgleichen können. Da dieses Ziel selbstreflexiv ist, ist damit auch eine Reorganisation politikwissenschaftlicher Kategorien gemeint. Es bleibt freilich die Frage, an welchem Punkt der Idee einer „modernen Mischverfassungslehre“ angesichts der zahlreichen, im Begriff der „komplexen Souveränität“ zusammengefassten Vetomächte die politische Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit zu entgleiten droht.

Zunehmende Dringlichkeit zeigt zudem ein weiteres Problem, dessen sich Rosanvallon im letzten Band dieser Trilogie annimmt:¹² Mit der wachsenden Entwicklung sozio-

12 Rosanvallon (2011): *La société des égaux*.

ökonomischer Ungleichheiten in den europäischen Staaten ebenso wie in den USA droht jene gesellschaftliche Basis wegzubrechen, die seit den modernen Revolutionen zum Kernbestandteil demokratischer Gesellschaften zählte. Unter dem Stichwort einer Krise der Gleichheit verfolgt Rosanvallon daher die Frage, wie das Spannungsverhältnis zwischen der Demokratie als politischem Regime und der sich parallel entwickelnden sozialen Demokratie der gleichen gesellschaftlichen Bedingung(en) angesichts der zeitgenössischen Herausforderungen noch in eine Balance gebracht werden kann und welcher Gleichheitsbegriff für eine Theorie der modernen Demokratie angemessen ist. Damit wird aus Rosanvallons demokratiegeschichtlichem Ansatz heraus eine wichtige Perspektiverweiterung der zeitgenössischen demokratietheoretischen Debatte möglich. Weitere Übersetzungen seiner Arbeiten wären daher für den deutschsprachigen Raum ebenso wie für die internationale Diskussion nur zu begrüßen.

Literatur

- Bennett, W. Lance / Entman, Robert M., 2001 (Hg.): *Mediated Politics*, Cambridge.
- Dakhli, Jamil, 2008: *La représentation politique à l'épreuve du peuple : élus, médias et peopolisation en France dans les années 2000*. In : *Le Temps des Médias* 10, 66–81.
- Dörner, Andreas, 2001: *Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*, Frankfurt (Main).
- Gauchet, Marcel, 1990: *Die totalitäre Erfahrung und das Denken des Politischen*. In: Ulrich Rödel (Hg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt (Main), 207–238.
- Göhler, Gerhard, 1997: *Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation*. In: Ders. / u. a. (Hrsg.), *Institution – Macht – Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken*, Baden-Baden, 11–62.
- Lefort, Claude, 1990 : *Die Frage der Demokratie*. In : Ulrich Rödel (Hg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt (Main), 281–297.
- Lefort, Claude / Marcel Gauchet, 1990: *Über die Demokratie: Das Politische und die Instituierung des Gesellschaftlichen*. In: Ulrich Rödel (Hg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt (Main), 89–122.
- Mineur, Didier, 2010: *Archéologie de la représentation politique*, Paris.
- Rochlitz, Rainer, 2003: *Narrative versus normative Theorie. Demokratiediskurse in Frankreich*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12, S. 1495-1507.
- Rosanvallon, Pierre, 1976: *L'âge de l'autogestion*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 1985: *Le moment Guizot*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 1992: *Le sacre du citoyen*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 1998: *Le peuple introuvable*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2000a: *Der Staat in Frankreich von 1789 bis heute*, Münster.
- Rosanvallon, Pierre, 2000b: *La démocratie inachevée*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2003: *Pour une histoire conceptuelle du politique*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2004: *Le modèle politique en France. La société civile contre le jacobinisme de 1789 à nos jours*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2006: *La contre-démocratie*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2010: *Die demokratische Legitimität*, Hamburg.
- Rosanvallon, Pierre, 2011: *La société des égaux*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2011/2012: *Für eine Begriffs- und Problemgeschichte des Politischen. Antrittsvorlesung am Collège de France*. In: *Mittelweg* 36, 43–65
- Sennett, Richard, 1998: *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin.
- Sennett, Richard, 2002: *Respekt im Zeitalter der Ungleichheit*, Berlin.